

Die Rürup-Kommission: Kurzporträt der Mitglieder

Die Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme (Rürup-Kommission) setzt sich aus 26 Mitgliedern zusammen, 18 Männer und acht Frauen. Es sind Wissenschaftler, Gewerkschafter, Arbeitgeber- und Unternehmervertreter, Repräsentanten von Sozial- und Verbraucherverbänden und Politiker. Sie vertreten zum Teil völlig gegensätzliche Positionen. Kommissionsvorsitzender ist Professor Bert Rürup, Finanzwissenschaftler an der Technischen Universität Darmstadt.

- **Professor Bert Rürup:** sorgte mit zahlreichen Interviews seit Gründung der Kommission für Schlagzeilen, will die Krankenkassenbeiträge vom Lohn abkoppeln, dabei soll jeder Erwachsene unabhängig vom Einkommen eine „Kopfpauschale“ von 210 Euro im Monat zahlen, sozialer Ausgleich würde über das Steuersystem finanziert.
- **Professor Roland Berger,** Unternehmensberater: hält die geplanten Gesundheitsreformen für nicht ausreichend und sieht eine Mischung aus Solidarität, Eigenverantwortung und Wettbewerb als „Schlüssel“.
- **Professor Axel Börsch-Supan,** Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Mannheim und Demographie-Experte: plädiert für Verlängerung der Lebensarbeitszeit und Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters, um Lebensstandard halten zu können.
- **Claus-Michael Dill,** Vorstandsvorsitzender der AXA-Versicherungsgruppe.
- **Dominique Döttling,** Unternehmensberaterin, Bundesvorsitzende der Wirtschaftsjunioren Deutschland: verlangt, Reformen notfalls im Dissens gegen Gewerkschaften und Lobbyisten durchzusetzen und Arbeit für die Wirtschaft bezahlbar zu machen.
- **Ursula Engelen-Kefer,** stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes: fordert Erweiterung des Kreises der Beitragszahler für umfassende Gesundheitsreform, gegen einseitige Belastung der Versicherten und Kranken, etwa durch höhere Zuzahlung für Medikamente, gegen Rente ab 67.
- **Professor Gisela Färber,** Staatswissenschaftlerin an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer: plädiert ebenfalls für längere Lebensarbeitszeit, ansonsten sei die Rente künftig nicht mehr bezahlbar.
- **Günther Fleig,** Mitglied des Vorstands der DaimlerChrysler AG, zuständig für Personal und Arbeitsdirektor in Stuttgart: nennt die vorgeschlagenen Leistungskürzungen zwar „Gräueltaten“, sieht aber eine „Neujustierung“ des gesamten sozialen Sicherungssystems als unausweichlich an, forderte die Union zu Zustimmung zu Reformen auf.
- **Nadine Franz, Angestellte,** Mitglied der Tarifkommission der Industriegewerkschaft Bergbau-Chemie-Energie.
- **Jürgen Husmann,** Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und Vorstandsmitglied der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte: plädiert für eine höhere Eigenbeteiligung der Versicherten.
- **Professor Karl W. Lauterbach,** Direktor des Instituts für Gesundheitsökonomie, Medizin und Gesellschaft an der Universität Köln, Berater von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt und Rürup-Gegenspieler: für Bürgerversicherung statt „Kopfpauschalen“, stuft die solidarische Finanzierung der Krankenversicherung als zukunftsfähig ein, will aber „deutlich Gewicht abwerfen“, um Beitragssatz zu senken, fordert mehr Wettbewerb.
- **Professor Edda Müller,** Vorstand der Verbraucherzentrale Bundesverband: übte scharfe Kritik an der Arbeitsweise der Kommission, legte zusammen mit Stolterfoht, Trauernicht und Wiesehügel ein eigenes Papier zur Gesundheitsreform unter anderem mit dem Ziel vor, Gutverdiener in die gesetzlichen Krankenkassen zu zwingen.
- **Professor Eckhard Nagel,** Direktor des Instituts für Medizinmanagement und Gesundheitswissenschaften an der Universität Bayreuth: plädiert für Praxisgebühr, um Kassenbeiträge zu senken.
- **Professor Frank Nullmeier,** Politikwissenschaftler an der Universität Bremen: setzt sich für eine Bürgerversicherung mit Einbeziehung aller Einkommensarten zur Bemessungsgrundlage der Beiträge ein, hält höheren Beitrag der heutigen Rentnergeneration für notwendig.
- **Helmut Platzer,** Vorstandsvorsitzender der AOK Bayern: AOK plädiert dafür, die Leistungen für Rehabilitation in die Pflegeversicherung zu integrieren, Reha-Leistungen werden von den Krankenkassen finanziert.
- **Professor Bernd Raffelhüschen,** Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg: hält schmerzliche Reformen für notwendig, forderte jährliche Selbstbeteiligung von bis zu 900 Euro, „Bürger werden wesentlich mehr zahlen müssen für deutlich weniger Leistung“, für private Finanzierung der Zahnbehandlung.

- **Professor Franz Ruland**, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger in Frankfurt am Main.
- **Professor Josef Schmid**, Politikwissenschaftler an der Universität Tübingen: fordert erhebliche Reformanstrengungen aller Akteure, um eine europäische Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zur Realität zu machen.
- **Manfred Schoch**, Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender der BMW AG - Barbara Stolterfoht, Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes: erklärte Arbeit der Kommission für gescheitert und sprach von „Flop“, warnt nachdrücklich vor einer Zunahme von Kinderarmut und fordert eine eigenständige Grundsicherung für Kinder, für Abschaffung der Pflegeversicherung, Pflege bis zu mittleren Einkommen soll überwiegend aus Steuern und bei hohem Einkommen privat finanziert werden.
- **Heinrich Tiemann**, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.
- **Gitta Trauernicht**, frühere niedersächsische Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales: forderte als Leiterin der „Arbeitsgruppe Pflege“ der Kommission einen Solidarbeitrag der heutigen Rentner, die trotz kurzer Beitragszeiten in der Pflegeversicherung volle Leistungen beziehen können.
- **Eggert Voscherau**, Vorstandsmitglied der BASF AG in Ludwigshafen: fordert schrittweise Senkung der Steuer- und Abgabenquote und mehr Eigenverantwortung bei der Reform der Sozialsysteme, zum Beispiel mehr Transparenz durch Rechnungstellung der Gesundheitskosten für den Einzelnen.
- **Professor Gert G. Wagner**, Wirtschaftsforscher an der Technischen Universität Berlin: setzt sich für die Zusammenfassung von Kranken- und Pflegeversicherung ein, fordert mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen.
- **Klaus WieseHügel**, Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt: lehnte ein höheres Renteneintrittsalter sowie einen demographischen Faktor in der Rentenformel ab, mit dem die Rentenzuwächse begrenzt werden sollen.
- **Rosemarie Wilcken**, Bürgermeisterin der Stadt Wismar, Stellvertreterin der amtierenden Präsidentin des Deutschen Städtetages: lehnte Vorschläge von Raffelhüschen ab.

Dieser Artikel erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 25.08.2003